

Hans-Georg Maaßen im MD-Portrait

Der studierte und promovierte Jurist Hans-Georg Maaßen wurde am 01. August 2012 durch den damaligen Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich zum Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz ernannt und am 10. August 2012 in Köln in sein Amt eingeführt. Als BfV-Chef genoss Maaßen national wie international eine hohe Reputation – vor allem durch seine Erfolge bei der Terrorismusbekämpfung. Unter seiner Ägide konnten zahlreiche geplante Terroranschläge muslimischer Extremisten verhindert werden.

Keine belastbaren Informationen

Maaßens Karriere als Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz endete abrupt, als er nach den Ausschreitungen von Chemnitz der Bundeskanzlerin in einem Interview mit der *Bild*-Zeitung dahingehend widersprach, dass es nach seinen Erkenntnissen nicht zu „Hetzjagden“ auf ausländisch aussehende Menschen gekommen sei. „Dem Verfassungsschutz lägen keine belastbaren Informationen darüber vor, dass solche Hetzjagden stattgefunden haben“, so Maaßens offizielle Bewertung. Auch gebe es keine Belege für die Authentizität eines im Internet verbreiteten Videos, das eine solche mutmaßliche Jagd zeige, weil das Video, auf das die Bundeskanzlerin Bezug genommen habe, von der als linksextremistisch eingestuften Antifa ins Netz gestellt worden sei. Ein CDU-Abgeordneter, der namentlich nicht genannt werden möchte, sprach in diesem Zusammenhang anlässlich eines Hintergrundgespräches mit BDS/BVMU-Hauptgeschäftsführer Joachim Schäfer gar von einem Gesinnungskartell aus Bundeskanzleramt, ARD und Antifa.

„Neue Qualität der Falschberichterstattung“

Obwohl auch die Generalstaatsanwaltschaft Dresden bestätigte, dass ihr keine Belege für Hetzjagden vorlägen, stießen Maaßens Äußerungen auf die scharfe Kritik führender Politiker von SPD, FDP, Linken und Bündnisgrünen.

Nachdem der SPD-Parteivorstand am 13. September 2018 Bundeskanzlerin Merkel aufforderte, für Maaßens Ablösung als Verfassungsschutzpräsidenten zu sorgen, einigte sich die Regierungskoalition darauf, Maaßen als BfV-Präsidenten abzusetzen



Ex-BfV-Präsident Hans-Georg Maaßen

und ihm gleichzeitig eine Verwendung als Staatssekretär im Bundesinnenministerium zu ermöglichen.

Nachdem allerdings im Intranet des BfV Maaßens Abschiedsrede vor europäischen Vertretern der Inlandsnachrichtendienste veröffentlicht wurde, in der er seine Wortwahl zu den Ausschreitungen in Chemnitz erneut verteidigte und von „linksradikalen Kräften in der SPD“ sowie von einer „neuen Qualität der Falschberichterstattung in Deutschland“ sprach, sah sich Bundesin-

nenminister Horst Seehofer – auf Druck aus den eigenen Reihen und des Koalitionspartners SPD – genötigt, den Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier zu bitten, Maaßen mit sofortiger Wirkung in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen, was dann auch am 15. November 2018 geschah.

Angst vor freier Meinungsäußerung

Nach seiner Versetzung in den Ruhestand trat Hans-Georg Maaßen am 16. Februar 2019 erstmals wieder öffentlich auf, als er eine Rede vor Mitgliedern der WerteUnion in Köln hielt. Darin kritisierte Maaßen die Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin und die aus seiner Sicht daraus erwachsende Gefahr islamistischen Terrors. Und er beklagte ein Klima, in dem viele Angst hätten, ihre Meinung frei zu äußern, „um nicht in die rechte Ecke gestellt zu werden“ (Berichterstattung *Spiegel-online* vom 16.02.2019).

Am 21. Februar 2019 teilte der Vorsitzende der WerteUnion, Alexander Mitsch, der Öffentlichkeit mit, dass das CDU-Mitglied Maaßen der Gruppierung beigetreten sei. Seitdem sorgt Maaßen bei Veranstaltungen der WerteUnion für volle Säle. Und auch Bundesinnenminister Horst Seehofer bezeichnete gegenüber der Süddeutschen Zeitung die damalige Unterstützung für Maaßen nicht als Fehler, „denn er habe hohe Achtung vor Maaßens Kompetenzen und vertraue ihm als Person“.



Hans-Georg Maaßen im Gespräch mit Joachim Schäfer